

An Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

-vorab per fax-

Berlin, 11.12.07

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

Am 13./14. Dezember 2007 – zum Ende der internationalen Klimakonferenz in Bali - findet das letzte Treffen der Geberländer zur Wiederauffüllung der Weltbanktochter *International Development Agency* (IDA) in Berlin statt. Dieses Treffen soll die Verhandlungsrunde mit der Festlegung der Geberbeiträge beenden. Bisher hat die Bundesregierung die Chance verpasst, diese Auffüllungsrunde für ernsthafte Reformen bei der Weltbank zu nutzen: Sie hat weder auf eine wirkliche Trendwende der klimaschädlichen Energiepolitik der Weltbank noch auf wirtschaftspolitische Eigenständigkeit der Entwicklungsländer gedrängt. Doch eine grundlegende Reform der Weltbank für mehr Klimaschutz, eine stärkere Armutsorientierung und den Schutz der Menschenrechte ist dringend nötig.

Die Bundesregierung selbst betont immer wieder, dass die rasche Abwendung der Klimakatastrophe eine der größten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft ist. Deshalb hat sie sich zur Senkung der Treibhausgasemissionen verpflichtet und ruft weltweit dazu auf, den internationalen Klimaschutz zu verstärken. Doch die Weltbank ist nach wie vor der größte internationale Financier von klimaschädlichen Energieprojekten und hat diese Investitionen in den letzten Jahren sogar massiv erhöht: Im Geschäftsjahr 2006 steigerte sie ihre Neuzusagen für Öl- und Gasprojekte um 93%, von 451 auf 869 Millionen US-Dollar. 2007 lagen die Neuzusagen für Öl- und Gasprojekte bei etwa 600 Millionen US-Dollar. Demgegenüber macht die Unterstützung für neue erneuerbare Energien und Energieeffizienz mit ca. 5 % nur einen geringen Anteil des Energieportfolios der Weltbank aus.

Diese Politik stößt in Europa insgesamt auf Ablehnung, wie man aus einer am 29.11.2007 vom Europaparlament mit der überwältigenden Mehrheit von 540 Stimmen angenommenen Resolution ersehen kann. Das EP fordert ein Moratorium für die Unterstützung von Projekten zur Nutzung fossiler Energieträger durch öffentliche Einrichtungen der EU (wie Exportkreditversicherungen oder der Europäischen Investitionsbank - EIB) und einen verstärkten Einsatz für den Technologietransfer von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

Um die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer zu stärken, hat sich die Weltbank 2005 verpflichtet, volkswirtschaftliche Konditionalitäten bei ihrer Vergabepolitik zu reduzieren. Aus

einer Studie des Europäischen Netzwerks für Entschuldung und Entwicklung vom Oktober 2007 geht jedoch hervor, dass die Weltbank diese Konditionalitäten fast ungemindert einsetzt. 71 % aller Weltbank/IDA-Kredite seit 2005 beinhalten Konditionalitäten in Bereichen wie Privatisierung, Arbeitsmarkt- oder Handelsliberalisierung. Ein Zurückfahren von makroökonomischen Konditionalitäten ist nicht zu erkennen und die nächste Überprüfung soll erst 2009 durchgeführt werden - eine grundlose, bürokratische Verzögerung.

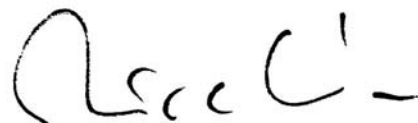
Volkswirtschaftliche Konditionalitäten widersprechen in besonderer Weise dem Gedanken der „Ownership“ der Entwicklungsländer an ihren Entwicklungsstrategien. Gemäß der Pariser Deklaration soll die Entwicklungszusammenarbeit der Weltbank, der Europäischen Kommission und die Koordination bilateraler Geber wie Deutschland auf dieser Eigenständigkeit basieren. Doch in der konkreten Zusammenarbeit der Weltbank mit den Regierungen der Entwicklungsländer spielen schädliche wirtschaftspolitische Konditionalitäten weiterhin eine wichtige und fatale Rolle: Sie untergraben die Demokratie, da jede zur Wahl stehende Partei aufgrund der Vereinbarungen mit der Weltbank und dem IWF weiterhin das gleiche wirtschaftspolitische Programm durchführen muss, wenn sie regiert.

Ein europäisches Bündnis aus 78 Nichtregierungsorganisationen hat im Rahmen ihrer *Europäischen Weltbankkampagne*<sup>1</sup> die Europäischen Regierungen aufgefordert, in der aktuellen Wiederauffüllungsrunde der IDA ihre Einzahlungen davon abhängig zu machen, dass die Weltbank sowohl die wirtschaftspolitischen Konditionalitäten wie Privatisierung und Handelsliberalisierung bei der Kreditvergabe als auch ihre Unterstützung für fossile Energieprojekte beendet. Dafür ist es noch nicht zu spät. Wir bitten Sie, sich bei dem IDA-Treffen am 13./14.12.2007 dafür einzusetzen, dass deutsche Entwicklungsgelder nicht weiterhin dazu beitragen, den Klimawandel – und nicht den Klimaschutz – zu finanzieren, die Eigenständigkeit von Entwicklungsländern zu untergraben und die Umsetzung sozialer Menschenrechte zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen,



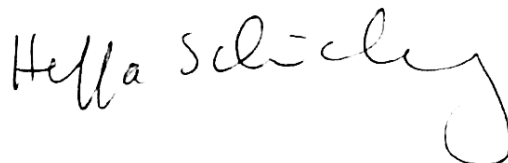
Prof. Dr. Markus Krajewski  
(Vereinsvorsitzender WEED e.V.)



Jürgen Maier  
(Geschäftsführer, Forum Umwelt und  
Entwicklung)



Dr. Konrad von Bonin  
(Vorstandsvorsitzender, EED)



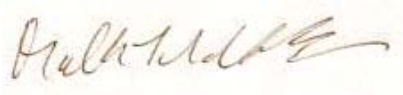
Heffa Schücking  
(Geschäftsführerin, Urgewald)



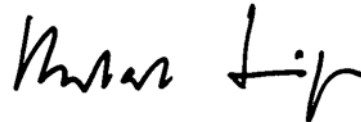
Dr. Bernd Bornhorst  
(MISEREOR Abteilungsleiter  
Entwicklungspolitik)



Roland Hipp  
(Greenpeace, Kampagnen-Geschäftsführer)



Malte Schmidthals  
(Unabhängiges Institut für Umweltfragen,  
FG Klimaschutz und Bildung)



Prof. Dr. Hubert Weiger  
(Vorsitzender; Bund für Umwelt und  
Naturschutz Deutschland e.V.)



Patrick McCully  
(Direktor, International Rivers)



Chris Methmann  
(Koordinierungskreis Attac Deutschland)



Kai Niebert  
(Bundesleiter, Naturfreundejugend  
Deutschlands)



Volkhard Wille  
(Geschäftsführer, Oro Verde - Die  
Tropenwaldstiftung)



Thomas Schönberger  
(Vorsitzender, Vegetarier-Bund  
Deutschlands e.V.)



Jürgen Marquardt  
(1. Vorsitzender, Lernen Helfen  
Leben e.V.)

Danuta Sacher  
(Abteilungsleiterin Politik und Kampagnen,  
Brot für die Welt)

Wolfgang Sterk  
(Vorstand, Food First Information and  
Action Network, FIAN)

Jürgen Kaiser  
(Koordinator, Erlassjahr)

Anja Becker  
(Vorstand, Ökumenische Initiative Eine Welt  
e.V.)



In Kopie an:

- Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul
- Bundesfinanzminister Peer Steinbrück